

# Made in Thüringen?



**Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal**

**Herausgegeben von Bodo Ramelow**

Bodo Ramelow (Hrsg.)  
Made in Thüringen?  
Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal

Bodo Ramelow (Hrsg.)

# **Made in Thüringen?**

Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal

VSA: Verlag Hamburg

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Redaktionsschluss: 1.4.2012  
Titelfoto: Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag/Peter Lahn  
Druck und Buchbinderarbeiten: freiburger graphische betriebe  
ISBN 978-3-89965-521-6

# Inhalt

<b>Vorwort</b> von Bodo Ramelow .....	9
Wolfgang Nossen	
<b>Rede zum Shoah-Gedenktag</b> .....	13
Romani Rose	
<b>Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherstellen</b> .....	17
Aiman A. Mazyek	
<b>Das Problem sitzt tiefer: Islamfeindlichkeit und Ignoranz</b> .....	21
Ottomar Rothmann	
<b>Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus</b> .....	25

## Das braune Netz

Paul Wellsow	
<b>Unter den Augen des Staates</b> .....	29
Der Nationalsozialistische Untergrund	
Andrea Röpke	
<b>Im fanatischen Netz</b> .....	45
Blood & Honour, Hammerskins und Combat 18 – Spuren und ideologische Vorbilder in Europa	
Katharina König/Matthias Quent	
<b>Anfänge in der DDR</b> .....	54
Stationen der Entwicklung der Thüringer Neonaziszene seit 1990	
Felix Korsch	
<b>Streifzüge durchs »Kernland«</b> .....	66
Sachsen als Hochburg der Neonaziszene	
Gamma-Redaktion Leipzig	
<b>Vom Thüringer Heimatschutz zum Freien Netz</b> .....	80
Militante Neonazi-Strukturen in Thüringen und Sachsen	

Frauke Büttner/Michael Ebenau

**Vom nationalen Hausprojekt**

**zum internationalen Neonazi-Festival** ..... 94

Rechte Strukturen in Jena und die Gegenwehr der Zivilgesellschaft

Sören Frerks/Paul Wellsow/Gamma-Redaktion Leipzig

**Die Unterstützer und das Umfeld des NSU** ..... 103

**Der Verfassungsschutz**

Stefan Wogawa

**»Allen Grund, den Verfassungsschutz zu fürchten«** ..... 115

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz –  
eine Skandalgeschichte

Martina Renner/Paul Wellsow

**Roewers Gesellen** ..... 125

Die fragwürdigen Personalentscheidungen des Ex-Chefs  
des Thüringer Verfassungsschutzes

Sören Frerks/Paul Wellsow

**Der »Experte«** ..... 132

Wie Eckhard Jesse die extreme Rechte verharmlost

Friedrich Burschel

**Der Referent, der aus der Kälte kam** ..... 140

Der Inlandsgeheimdienst und die Politische Bildung

Philipp Vergin

**Die braunen Wurzeln des Verfassungsschutzes** ..... 147

**Staat & Gesellschaft schauen weg**

Katharina König

**Das Versagen der politisch Verantwortlichen** ..... 151

Katharina König

**Keine Sorgen mit den Rechten** ..... 162

Saalfeld-Rudolstadt – Hochburg der Rechten in den 1990er Jahren  
und Herz des Thüringer Heimatschutzes

Kai Bekos/Annette Rudolph	
<b>Auf dem rechten Auge blind</b> .....	168
Positionierungen von Politikern der Thüringer CDU und FDP zum Neonazismus 1996-2011	

## **Parlamentarische Aufklärung**

Steffen Dittes/Martina Renner	
<b>Parlamentarische Untersuchung im Thüringer Landtag – Eine Einschätzung</b> .....	171
Kerstin Köditz	
<b>Wo kein Wille ist, ist doch ein Weg</b> .....	181
Der lange Weg zum Untersuchungsausschuss in Sachsen	
Gerd Wiegel	
<b>Bundespolitische Reaktionen auf den NSU-Terror</b> .....	188

## **Schluss**

Martina Renner	
<b>Sieben Maßnahmen gegen Rechts</b> .....	194
Petra Pau	
<b>Kein Land im Schock</b> .....	199

## **Anhang**

Steffen Dittes/Sören Frerks	
<b>Eine Chronik</b> .....	203
Von den Vorläufern des NSU zu den rassistischen Morden	
<b>Anfragen &amp; Antworten</b> .....	211
<b>Weiterführende Literatur</b> .....	216
<b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....	221

# Vorwort

182 Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt sind in Deutschland seit 1990 zu beklagen. Das sind die Zahlen der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Initiative Mut gegen rechte Gewalt. Sechs der Morde geschahen in Thüringen. Doch die offizielle Statistik des Bundesinnenministeriums zählt »nur« 58 Mordopfer. Und die Thüringer Landesregierung kennt »nur« einen Toten rechter und rassistischer Gewalt im Freistaat, wie sie erst jüngst bekannt gab.

Allein diese Differenz der nackten Zahlen zeigt, wie die Verharmlosung des Neonazismus funktioniert. Die Unterscheidung zwischen der Gesinnung des Täters und des konkreten Tatmotivs ist zynisch. An der wirklichen Zahl der Toten, an der Zahl der rechten Gewalttaten und an der Verbreitung rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft ändern solche Zahlendrehereien nichts.

Während die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden solche Rechenspiele veranstalteten, geschahen ungeheuerliche Morde in Serie. Zehn Hinrichtungen in sieben Jahren quer durch die Republik, zwei Anschläge mit unzähligen Schwerverletzten durch Nagelbomben und 14 bewaffnete Banküberfälle – das ist die blutige Spur, die der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) zog.

Nun zeigen sich alle erschüttert. Die Bundesregierung organisierte eine Gedenkveranstaltung für die Opfer und ihre Angehörigen. Ich wundere mich, dass man über mindestens 172 Tote zuvor nicht so erschüttert war. Warum gab es für diese Menschen keine würdigen Gedenkveranstaltungen des Staates? Warum blieb es Angehörigen, Freunden, wenigen Journalisten oder antirassistischen und antifaschistischen Initiativen überlassen, ihre Trauer um die Toten und ihre Wut über die Taten öffentlich zu machen?

Doch diese Fragen sind nicht neu. Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir 1992 vor dem Haus der Gewerkschaften in Erfurt eine riesige Platte aus Stahl, geformt als gelben Winkel aufstellten, darauf die Namen von Todesopfern rechter Gewalt. Es dauerte nur eine einzige Nacht, bis der erste Name weggekratzt war. Eine Zuschrift erklärte, die-



ser Mensch sei doch gar nicht aus rassistischen und rechten Motiven ermordet worden.

Die hohe Zustimmung zu rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Aussagen ist erschreckend; in Studien wie dem Thüringen Monitor wird das im Auftrag der Landesregierung jedes Jahr detailliert untersucht. Doch es geht nicht allein um die Einstellungen Einzelner, es geht nicht nur um organisierte Neonazi-Strukturen. Es geht in der aktuellen Debatte eben auch um staatliches Handeln. Wenn die Sicherheitsbehörden und die Geheimdienste von den Morden des NSU und den Anschlägen, den Tätern und ihren gut organisierten Netzen wirklich nichts gewusst haben, dann sind sie überflüssig. Trotz zahlreicher V-Leute in der Szene wollen die Behörden nichts gewusst haben? Die Mordserie zeigt, dass der Staat und die Zuständigen vollständig versagt haben.

Warum wurden von den Sicherheitsbehörden erkennbare Spuren nicht verfolgt? Warum wurden die Hinweise eines Bayerischen Profilers beiseite gewischt, der frühzeitig auf ein rassistisches Motiv hinwies? Warum konnte oder wollte keiner erkennen, dass Neonazis seit Langem den bewaffneten Gang in den Untergrund propagierten und vorbereiteten, um einen »Rassenkrieg« zu führen? Warum wurden Gemeinsamkeiten der Taten nicht gesehen? Allein die Tatsache, dass Fahrräder an mehreren Tatorten der Mordserie, der Banküberfälle und der Anschläge mit Nagelbomben eine Rolle spielten, hätte Hinweise auf den Zusammenhang geben können. Das wurde nicht erkannt. Einzig die Waffe, ein seltenes Modell der Marke Česká, wurde als verbindendes Element identifiziert. Sie war die Visitenkarten der Täter. Doch anstatt das rassistische und antimuslimische Motiv zu sehen, wurde das Umfeld der Opfer verdächtigt. Der unhaltbare Vorwurf, selbst in kriminelle Machenschaften verstrickt zu sein, wurde öffentlich ausgesprochen. Ermittlungen gegen Angehörige wurden durch Ressentiments gerechtfertigt, ebenso die Verdächtigungen gegen unbeteiligte Sinti und Roma.

Wenn die Sicherheitsbehörden allerdings etwas von den Taten und den Tätern wussten und nicht handelten, oder gar Unterstützung gewährten, dann erschüttert das die Grundfesten des Staates. Das wäre dann nicht allein ein Geheimdienstskandal. Das wäre eine Staatskrise. Doch dafür gibt es bisher keine Beweise.

In Thüringen herrschte lange Jahre eine politische Kontinuität. Unter mehreren Ministerpräsidenten und in der Verantwortung mehrerer Innenminister wurde die Neonaziszene systematisch verharmlost und mit Spitzellöhnen subventioniert. Der Verfassungsschutz wurde von der CDU in Wahlkämpfen gegen die PDS in Stellung gebracht und durch die unhaltbare Gleichsetzung von Links und Rechts der Blick auf die braune Gefahr verschleiert. Ein skandalöser Höhepunkt war das Verhalten der Landesregierung und der Sicherheitsbehörden nach einem Brandanschlag von Neonazis auf die Erfurter Synagoge am 20. April 2000. Die Polizei ermittelte zuerst gegen Linke und Antifaschisten, der damalige Regierungschef Bernhard Vogel (CDU) rechtfertigte das Vorgehen und warnte vor »falscher Aufgeregtheit«. Ein klares Signal gegen Rechts gab es von seiner Regierung nicht. Zu einer Menschenkette schickte sie keinen Vertreter. Begründung: Zu den Organisatoren gehöre auch die PDS. Zwei Neonazis gestanden die Tat.

Doch mittlerweile hat sich etwas verändert. Nach dem Auffliegen der Morde des NSU gibt es Ermittlungen gegen die Täter und ihre Unterstützer, es gibt Hausdurchsuchungen bei Neonazis und Verhaftungen. Auch im Thüringer Landtag und bei den Zuständigen hier zeigte sich der Wille, die Strategie der Verharmlosung und des Wegschauens zu beenden. Zu einer Mahnwache am 23. November 2011 für die Opfer der Mordserie vor der Erfurter Staatskanzlei kamen für die Landesregierung mehrere Minister von CDU und SPD. Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien im Landtag, von Gewerkschaften, Flüchtlings- und Antifa-Initiativen, der Religionsgemeinschaften und der Landesregierung sprachen auf einer Bühne. Doch der Wille zur Aufklärung muss tragen. Er darf nicht nur leere Worthülse bleiben, sondern muss politische und juristische Konsequenzen haben.

DIE LINKE hat dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. Antifaschismus muss Staatsziel werden. Daher fordern wir die Verankerung einer antifaschistischen Klausel in den Verfassungen der Länder als Leitplanken für die Politik. In Thüringen wollen wir die Einführung eines staatlich finanzierten Landesprogramms gegen Rechts, das seinen Namen auch verdient und das demokratische und antifaschistische Initiativen mit einbezieht. Außerdem wollen wir, dass der demokratisch nicht zu kontrollierende Inlandsgeheimdienst abgeschafft und in ein transparentes,

präventiv wirkendes Informations- und Dokumentationszentrum für Demokratie gegen Rechtsextremismus umgewandelt wird.

Dieses Buch erscheint am 8. Mai, dem Tag der Befreiung. Wir wollen damit auf das Entstehen des braunen Terrors, dessen Unterstützer aus dem Thüringer Heimatschutz, den Neonazi-Kameradschaften, der NPD oder dem internationalen Neonazi-Netzwerk Blood & Honour sowie auf das jahrelange Wegschauen von Verantwortlichen in Politik und Sicherheitsbehörden und den Rassismus aufmerksam machen, der zu mindestens 182 Toten seit 1989 führte. Wir wollen das dubiose Handeln der Geheimdienste ins Licht der Öffentlichkeit zerrren und die bisherigen Bemühungen um die parlamentarische Aufklärung resümieren. Wir wollen zeigen, dass eine andere Politik möglich ist. Eine Politik, die Demokratie und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen politisches Handeln anmahnen und an die Opfer erinnern.

*Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
im Thüringer Landtag*

Martina Renner

# Sieben Maßnahmen gegen Rechts

## 1. Opferperspektive einnehmen

Zu lange wurden die Angehörigen der Opfer des Nazi-Terrors mit ihrer Trauer, Verzweiflung, Wut und Furcht vor weiteren Anschlägen allein gelassen. Neben ihrer öffentlich geäußerten Angst forderte die türkisch-kurdische Gemeinschaft in Deutschland vergeblich vorurteilsfreie Ermittlungen im Fall der rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und einen effektiven Schutz des Staates für alle BürgerInnen – ohne Ansehen ihrer Hautfarbe und Herkunft. »Wir wollen kein 10. Opfer!«, »Die Serienmorde müssen ein Ende finden!« und »Wo ist die Polizei?«, stand auf den Transparenten einer Trauerveranstaltung 2006 in Kassel. BürgerInnen, Gesellschaft und Staat sind gefordert, den Ängsten von Menschen, Opfer einer rechten und rassistischen Gewalt- oder Mordtat zu werden, ernsthaft und effektiv zu begegnen. Aber es stellen sich auch berechnete Fragen nach dem Versagen der Zivilgesellschaft. Zu sehr hat sich eine liberale, linke, kritische Öffentlichkeit mit der Distanz zu MigrantInnen und einer rassistischen Verrohung in den Massenmedien abgefunden. Die staatliche Schuld an der fatalen, aber politisch gewollten Fehleinschätzung der Gefahren durch den Neonazismus und an dem Versagen der Sicherheitsbehörden ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass auch viele, die sich antifaschistisch und antirassistisch engagiert haben, mit Scham eingestehen müssen, dass es uns an Verständnis und Solidarität gemangelt hat.

## 2. Ideologischen Nährboden austrocknen

Rassistische Einstellungen und die so genannte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben sich im Osten wie Westen Deutschlands zu einer Konstante entwickelt. Theorien der Ungleichheit der Menschen wie Sozialdarwinismus, Biologismus und Rassismus sind alltags- und me-

dientauglich. Dabei sind die Äußerungen eines Thilo Sarrazin oder die Ausfälle der BILD nur die krassesten Beispiele. Es geht aber nicht nur um eine wirksame Auseinandersetzung mit rechten und rassistischen Einstellungen und Ideologien. Gleichzeitig bedarf es neuer Bündnisse und parlamentarischer Mehrheiten, um staatliche Ungleichbehandlung durch rassistische Sondergesetze zu beenden. Wer von Staats wegen Menschen in verschiedene Kategorien unterteilt, ihnen je nach Herkunft Bürger- und Menschenrechte beschneidet oder vorenthält – zum Beispiel durch die Residenzpflicht, durch das Asylbewerberleistungsgesetz oder durch ungleiche Bildungs- und Arbeitsmarktchancen –, der verschafft den Hetzern hoheitliche Legitimation.

### **3. Keine Verharmlosung des Neonazismus**

Viel zu häufig gab es das Kleinreden neonazistischer Gefahren. Und dabei geht es nicht allein darum, dass die Sicherheitsbehörden den Aufbau und die Existenz von terroristischen Nazi-Strukturen verneinten. Die braune Szene wurde nie als politische, neonazistische Bewegung gesehen, sondern deren Gruppen getrennt voneinander betrachtet und eine falsche Unterteilung in Parteien, Organisationen und die so genannte Skinheadszene vorgenommen.

Eine dramatische Fehleinschätzung mit verheerenden Folgen für die Ermittlungen rund um den NSU-Terror. In den Folgejahren blieb der Geheimdienst als ideologischer Leitwolf einer falschen behördlichen Betrachtung des Neonazismus bei seinen Beschwichtigungen. Mit der Verharmlosung durch die Sicherheitsbehörden ging die Behandlung des Problems vorrangig als Gewaltphänomen einher. Daraus abgeleitet orientierten Staat und Gesellschaft auf Jugend- und Sozialarbeit. Die politische wie behördliche Fehljustierung in der Auseinandersetzung mit dem Neonazismus resultierte aus ihrem ideologischen Überbau, der »Extremismustheorie«. Zwanghaft wurde jedem Versuch von Bürgerbündnissen, Gewerkschaften, Linken, AntifaschistInnen oder investigativen JournalistInnen, die Spezifik der neonazistischen Gefahr herauszuarbeiten, eine ebenso große Gefahr durch einen vermeintlichen »Linksextremismus« entgegengehalten. Daher ist es nun Aufgabe, nicht

nur eine sachgerechte, fachliche, und regional differenzierte Analyse des Neonazismus vorzunehmen. Es bedarf auch einer Eindeutigkeit in den Begriffen sowie einer Gesamtschau von Einstellungen, Äußerungen und Handlungen der extremen Rechten. Dem subkulturellen Neonazismus darf nicht länger der ideologische Hintergrund und organisatorische Bezug abgesprochen werden.

#### **4. Schluss mit der staatlichen Unterstützung für Neonazis**

Jegliche Form von staatlichen Subventionen und finanziellen Zuwendungen muss beendet werden. Darunter fallen Gelder für staatliche Spitzel in der Neonaziszene, Fördermittel beispielsweise aus Denkmalschutz- oder Dorferneuerungsprogrammen für von Neonazis erworbene Immobilien; ebenso Existenzgründerdarlehen und Fördermaßnahmen für Gewerbe und Firmen von Neonazis. Auch die steuerlichen Vorteile für scheinbar gemeinnützige neonazistische Vereine müssen auf den Prüfstand.

#### **5. Entwaffnung von Neonazis und Verbot militanter Strukturen**

Auch den Sicherheitsbehörden war das Interesse von Neonazis an Waffen und Sprengstoff nicht entgangen. Man erklärte, Neonazis seien Waffennarren und planlose Einzeltäter ohne Organisation im Hintergrund. Intensive Recherchen und Dokumentationen zu Waffenbesitz, Sprengstoffwerb, Anlegen von Depots und Schießübungen durch Neonazis haben nichts an dieser Einschätzung ändern können. Nun muss den Hinweisen aus den letzten Jahren auf paramilitärische Übungen, Waffen- und Sprengstoffbesitz entschieden nachgegangen werden. Waffenlager müssen ermittelt und geräumt werden, kurz: die Naziszene entwaffnet werden. Dies betrifft nicht nur illegal erworbene Waffen, sondern auch Waffen im legalen Besitz. Zu prüfen ist, ob bei extrem rechten und neonazistischen Aktivisten und Funktionären die Voraussetzung der Zuverlässigkeit nach dem Waffengesetz vorliegt; auch der legale Erwerb und Handel mit Waffen und Militaria im Rahmen einer Gewerbebeanmeldung

ist zu prüfen. Daneben gilt es, militante und gewalttätige Neonazi-Strukturen mit staatlichen Sanktionen zu belegen.

## **6. Rehabilitierung des Antifaschismus – gesellschaftliche Auseinandersetzung stärken**

Nach einer Reihe antisemitischer Anschläge wurde 2001 das Bundesprogramm Civitas ins Leben gerufen. Daraus entstanden institutionelle Strukturen der Opferberatung und der Beratung gegen Rechts. Unter dem Druck von CDU/CSU und FDP wurde das Programm zu einem Instrument transformiert, das unter der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) in das Fahrwasser der inhaltlichen wie methodischen Gleichsetzung von Links und Rechts geriet. Gleichzeitig wurden dem Inlandsgeheimdienst zunehmend Aufgaben der pädagogischen Präventionsarbeit übertragen und Förderempfänger des Bundesprogramms durch den Zwang zur Unterzeichnung einer »Extremismusklausel« einem Gesinnungsscheck unterzogen. Während staatlich finanzierte Projekte zunehmend gegängelt wurden, begann eine intensive Phase der Diskreditierung zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Engagements. So konnte beispielsweise die antifaschistische Zeitschrift »Lotta« aus Nordrhein-Westfalen ihre Nennung im Verfassungsschutzbericht erst in einem Rechtsstreit unterbinden, in Bündnissen versuchten CDU und CSU, »Unvereinbarkeitsbeschlüsse« durchzusetzen, und die Verfolgung von BlockiererInnen gegen die Naziaufmärsche in Dresden im Februar 2010 und 2011 dauert bis heute an. Eine mutige Forderung muss die politische wie rechtliche Rehabilitierung antifaschistischen Engagements sein. Gestärkt würde die Abwehr von Neonazismus auch durch eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz und in den Landesverfassungen, die der besonderen Verpflichtung des Staates gerecht würde, endlich das Fortwirken nazistischer Ideologie, Personen und Strukturen nach 1945 zu benennen, aufzuarbeiten und zu unterbinden.

## 7. Verfassungsschutz abschaffen – Demokratiezentren schaffen

Der Verfassungsschutz ist Teil des Problems und muss abgeschafft werden. Der Geheimdienst untergräbt mit seinen grundrechtsgefährdenden und unkontrollierbaren Instrumentarien die Demokratie. Er hat als Frühwarnsystem kläglich versagt, er hat den Neonazismus kleingeredet, er hat die Neonaziszene insbesondere in Thüringen erst mit zu dem gemacht, woraus der NSU erwachsen ist. Das Versagen der Behörden resultiert nicht aus zu wenig Überwachung, Informanten, Befugnissen und Dateien, sondern aus einem strukturellen Unvermögen, das ideologische, personelle und organisatorische Potenzial des Neonazismus richtig einzuordnen. Alte und neue Nazis wollen eine autoritäre, völkisch orientierte Diktatur errichten. Sie propagieren nicht nur »Rassenkrieg« und singen nicht nur von »Mord und Terror«, sondern sie handeln entsprechend und gehen mit Gewalt gegen alles vermeintlich »Undeutsche« vor. Diese Gefahr zu benennen und Handlungskonzepte zu entwickeln, muss Aufgabe eines transparenten und unabhängigen Demokratiezentrum sein, das als Informations- und Dokumentationsstelle an der Schnittstelle von Wissenschaft und kommunaler Praxis agiert, mit Expertise und enger Verzahnung zu zivilgesellschaftlichen Akteuren und als Partner staatlicher Stellen. Ein Demokratiezentrum darf nicht instrumentalisiert und daran gehindert werden, Rassismus und menschenverachtende Ideologie auch dort ohne Scheu zu benennen, wo sie sich im bürgerlichen Gewand zeigen.



Petra Pau

## Kein Land im Schock

John Mann ist ein britischer Parlamentarier. Wir kennen uns aus internationalen Konferenzen gegen Antisemitismus. Die Fußball-EM 2012 findet in Polen und in der Ukraine statt. John Mann erzählte mir: Die britische National-Elf wird ein politisches Zeichen gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus setzen und deshalb die Gedenkstätte KZ Auschwitz aufsuchen.

2010 war ich in Ungarn. Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Deutschen Fußballbundes Dr. Theo Zwanziger und mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sinti und Roma in Deutschland Dr. Romani Rose. Wir fuhren in ein Dorf, in dem das Haus einer Roma-Familie angezündet, der flüchtende Vater und sein Sohn von Nazis erschossen wurden. Kein Einzelfall.

In Babi Jar, nahe Kiew, wurden 1941 über 30.000 Jüdinnen und Juden durch Deutsche ermordet. Auch das darf nicht vergessen werden. Also regte ich gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland an: Das DFB-Team möge dort innehalten. Bisläng vergeblich. Theo Zwanziger ist derweil zurückgetreten. Ein verlässlicher Mahner fehlt. Zu viele fehlen.

In Budapest besuchte ich damals einen Club im Jüdischen Viertel. Kurz zuvor war eine neue Regierung gewählt worden. Kommentatoren bezeichnen sie als rechtskonservativ-neofaschistisch. Bei ihrer öffentlichen Vereidigung jubelten ihr 70.000 Ungarinnen und Ungarn zu. Das parallel laufende Fußball-Länderspiel Ungarn-Deutschland besuchten nur 7.000 Zuschauer. Die Jugendlichen im Club mühen sich um mehr Miteinander: interreligiös und multikulturell. Und sie erzählten mir eine altbekannte Geschichte. Die soziale Lage in Ungarn sei für viele katastrophal. Folglich würden Schuldige gesucht. Und gefunden. Es seien die faulen Kriminellen »da unten«, also die Roma. Und es wären die raffenden Reichen »da oben«, also die Juden. Das Gift wirkt.

Das alles gab es in der Geschichte schon einmal. Allen voran in der deutschen, aber nicht nur. Es endete tödlich für Millionen Menschen,

für die Kultur, für die Zivilisation. »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« Das schworen sich nach 1945 viele. 2009 sprach Imre Kertész im Deutschen Bundestag. Der Ungar hatte Auschwitz überlebt und ist Literaturnobelpreisträger.

Er mahnte im Rückblick auf den Holocaust eindrücklich: Was einmal geschah, obwohl es undenkbar schien, kann wieder geschehen! Ich empfehle sein Buch »Kaddisch für ein ungeborenes Kind«. Es bietet nachdenkliche Einblicke in die ewig verwundeten Seelen von Holocaust-Überlebenden und in die tödlichen Gefahren, die auch Jahrzehnte danach nicht gebannt sind.

Zehn Jahre lang forschten Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld und sein Wissenschaftsteam über »Deutsche Zustände«. Ihr Fazit: Die »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« nimmt zu. Damit ist nicht nur Rassismus gemeint. Sondern auch die unterschwellig wachsende Ablehnung von Arbeitslosen, von Homosexuellen, von Andersgläubigen und so weiter.

Erinnert sei an 1992. Damals gab es Pogrome gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen, in Mölln und in vielen anderen Orten. Allein die offizielle Statistik wies damals 681 Brandanschläge auf Heime und Hütten von »Ausländern« aus. 681 Anschläge in 366 Tagen! Für die Betroffenen war es die Hölle im ach so gelobten Deutschland. Der rechtsextreme Mob schlug zu, Biedermänner zollten Beifall, die Polizei schaute weg und die Politik war zu Diensten. Sie schuf das Asylrecht de facto ab. Der Mob frohlockte. Das war die Zeit, in der sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), wie sich das Nazi-Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe selbst nannte, germanisch-rassistisch radikalisierte und so später zu kaltblütigen Mördern wurde.

Seit Januar 2012 gibt es im Bundestag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Er soll die NSU-Nazi-Mordserie aufklären. Und ihre gesellschaftlichen Umstände. DIE LINKE berief Jens Petermann und mich in dieses Gremium. Die Arbeit hat gerade erst begonnen. Aber schon zu Beginn steht eine erhellende Frage: Über wie viele Morde reden wir eigentlich?

Das Bundesinnenministerium weist seit 1990 knapp 50 Tote aus. Journalisten vom »Tagesspiegel« und der Wochenzeitung »Die Zeit« recher-

chierten über 150 Fälle, bei denen Menschen durch Rechtsextreme umgebracht wurden. Die Antonio-Amadeu-Stiftung listet 182 Ermordete, Daten, Orte und Taten auf. Bei alledem geht es nicht um einen Zahlenstreit, sondern um politische Differenzen.

Die NSU-Nazi-Mordserie ist einzigartig. Aber war sie eine abartige Ausnahme von einer ansonsten guten Normalität oder ist sie »lediglich« ein extremer Beleg einer ohnehin gefährlichen Tendenz? Wer die kleine Zahl unterstellt, tendiert zur vermeintlichen Ausnahme. Wer jedoch 200 Opfer annimmt, belichtet eine viel weitergehende Gefahr. Und spätestens da scheiden sich die Geister.

»Das Soziale wird ökonomisiert, die Demokratie entleert, die Solidarität schwindet.« Das ist die politische Anklage, die Professor Heitmeyer und sein Team erheben. Es ist eine prägnante Generalabrechnung mit zehn und mehr Jahren Neoliberalismus. Und auch das belegen die Forscher: Gewalt als Problemlösung wird zunehmend in der Gesellschaft akzeptiert.

Seit Jahren mahne ich: Demokratieverdross ist immer ein Einfallstor für Rechtsextreme mit ihren menschenfeindlichen Parolen. Mit Sorge schaue ich nach Griechenland. Das Parlament dort wurde de facto entmachteter. EU-Sparkommissare diktieren Armut. BILD titelte: »Nehmt den Griechen endlich den Euro weg!« Und die CDU tönte: »Europa spricht wieder deutsch!«

Selbst in meinem Facebook-Freundeskreis, also unter Linken, kursieren vermeintliche Witze. »Die Kröten-Wanderung hat begonnen – von Deutschland nach Griechenland«, albert eine Karikatur. Feindbilder sind nicht lustig und Nationalismus ist keine Lösung. Aber inmitten der Gesellschaft kultiviert, ermutigen sie immer den rechtsextremen Rand. Bis zum Exzess.

Nachdem die NSU-Nazi-Mordserie publik wurde, gab es zerknirschte Gesichter. »Wir haben total versagt«, räumte der Chef des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke ein. »Wir hätten es besser wissen müssen«, befand der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm. Beides stimmt. Aber die Blindheit der Sicherheitsbehörden ist bestenfalls die halbe Wahrheit.

Die gesamte Bundesregierung hat bislang nichts begriffen. Es gab ein offizielles Gedenken für die NSU-Opfer im Berliner Schauspielhaus

am Gendarmenmarkt. Ich war dabei. Die Bundeskanzlerin sprach und entschuldigte sich. Kerzen des Gedenkens und der Mahnung wurden angezündet. Hinterbliebene der Nazi-Opfer kamen zu Wort. Es wurde ehrlich getrauert.

Wenig später fand die erste Anhörung im Untersuchungsausschuss des Bundestages statt. Sie war erschreckend erhellend. Allemal, als die Ombudsfrau der Bundesregierung für die Opfer-Familien der NSU-Morde, Barbara John (CDU), berichtete. Sie erzählte einfach Geschichten, die sie umtreiben. Sie scheinen unglaublich, aber sie sind offenbar passiert.

Die Witwe eines von der NSU-Nazibande ermordeten Mannes erhielt aus einem Opferfonds des Bundesjustizministeriums 10.000 Euro. Sofort meldete sich die Agentur für Arbeit. Staatliche Sozialleistungen würden eingestellt, bis die unverhoffte Summe aufgebraucht sei.

Die Tochter eines weiteren Nazi-Opfers brach ob der Schrecknisse ihr Studium ab. Jahre später schrieb sie sich erneut an einer Universität ein. Lapidar wurde ihr mitgeteilt, dies sei ihr gutes Recht. Aber ihre vormaligen Ansprüche auf BAföG seien inzwischen erloschen.

Eine dritte Betroffene zweifelte, ob sie weiterhin in Deutschland leben könne oder ob sie in der Türkei nicht sicherer sei. Sie wollte die doppelte Staatsbürgerschaft beantragen. Der Bescheid war preußisch korrekt: Das sieht das bundesdeutsche Recht nicht vor!

Seit dem 4. November 2011 ist die NSU-Mordserie bekannt. »Ein Land im Schock!«, hieß es. Welch mediale Übertreibung! Komplette an der Realität vorbei! Nach einem Anschlag im Jahr 2000 protestierten Hunderttausende. Diesmal gab es keinen »Aufstand der Anständigen«. Und die politisch Zuständigen zündeln weiter, als sei nichts geschehen.

# Die Autorinnen und Autoren

*Kai Bekos* ist Student der Rechtswissenschaft und Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

*Frauke Büttner* arbeitet freiberuflich in der Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus und ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus sowie im Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. Sie baute die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen (MOBIT) mit auf.

*Friedrich Burschel* ist Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa Luxemburg Stiftung Berlin.

*Steffen Dittes* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

*Michael Ebenau* arbeitet bei der IG Metall in Gera und Jena-Saalfeld. Er ist Gründungsmitglied und Mitglied im Vorstand der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen (MOBIT).

*Sören Frerks* ist Student der Soziologie und Sachverständiger im Thüringer Untersuchungsausschuss 5/1 zum NSU und rechten Terror.

*Gamma* ist ein antifaschistischer Newsflyer und informiert über Nazi-Strukturen und -Aktionen in Leipzig und dem Umland. Die Redaktion berichtet online unter <http://gamma.noblogs.org>.

*Kerstin Köditz* ist Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Sprecherin der Fraktion für antifaschistische Politik.

*Katharina König* ist Abgeordnete im Thüringer Landtag und Sprecherin der Fraktion für Jugendpolitik, Netzpolitik und Antifaschismus.

*Felix Korsch* arbeitet als freier Journalist in Leipzig sowie als Parlamentarische Hilfskraft der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

*Aiman A. Mazyek* ist Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland und Mitglied der Deutschen Islamkonferenz.

*Wolfgang M. Nossen* ist Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen.

*Petra Pau* ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und für DIE LINKE Mitglied im 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestags (»Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund«).

*Matthias Quent* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Sachverständiger im Thüringer Untersuchungsausschuss 5/1 zum NSU und rechten Terror.

*Bodo Ramelow* ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

*Martina Renner* ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 5/1 zum NSU und rechten Terror.

*Andrea Röpke* arbeitet als Journalistin u.a. für Panorama, Monitor und Stern.

*Romani Rose* ist Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und Vorsitzender des Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

*Ottomar Rothmann* war Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, er ist ehemaliger Leiter der pädagogischen Abteilung in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, Mitglied des Häftlingsbeirates der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald/Mittelbau-Dora und seit 2011 Ehrenbürger der Stadt Weimar »in besonderer Anerkennung seiner Verdienste um das Vermächtnis von Buchenwald«.

*Annette Rudolph* ist Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

*Philipp Vergin* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro des Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE Jan Korte.

*Paul Wellsow* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

*Gerd Wiegel* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und Redakteur von Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung.

*Stefan Wogawa* ist Internet-Redakteur der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.